

## Ein „New Deal“ für Europa

### *Vorschlag für eine Erklärung ehemaliger Regierungschefs der EU*

Europa ist dabei, einen Krieg zwischen gewählten Regierungen und nicht gewählten Rating-Agenturen zu verlieren. Die Regierungen versuchen zu regieren, aber tatsächlich entscheiden Rating-Agenturen. Die Wähler wissen dies, und manche Mitgliedstaaten, die dies erkannt haben, lehnen Steuertransfers an andere ab.

Dennoch haben einige von ihnen, auch Deutschland, von einem Euro profitiert, dessen Kurs niedriger und wettbewerbsfähiger ist, als er in einer Eurozone nur mit den Kernländern oder mit weniger Ländern wäre. Ein Ausfall der am stärksten schuldenbelasteten Länder würde Banken und Rentenfonds in Mitteleuropa, aber auch in den Ländern der Peripherie treffen. Niemand ist davor gefeit.

Die Lösung ist nicht weniger, sondern mehr Europa. Jean-Claude Juncker und Giulio Tremonti haben geltend gemacht, dass die Umwandlung eines Teils der Staatsschulden in EU-Anleihen die derzeitige Krise stabilisieren würde. Diese Ansicht teilen wir.

Der Beschluss über eine solche Umwandlung müsste nicht einstimmig getroffen werden. Er könnte, wie dies bereits bei der Schaffung des Euro der Fall war, nach dem Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit angenommen werden. Die Regierungen, die ihre eigenen Anleihen behalten möchten, so möglicherweise auch die deutsche Regierung, könnten dies tun.

Wir vertreten ebenso wie Herr Juncker und Herr Tremonti die Auffassung, dass europäische Anleihen weltweit gehandelt und Überschüsse aus Staatsfonds und Schwellenländern, deren Regierungen ein pluralistischeres globales Währungssystem gefordert haben, anziehen könnten. Statt Steuertransfers innerhalb der Union würden dadurch Finanzzuflüsse in die Union generiert werden.

Der in EU-Anleihen umgewandelte Teil einer Staatsschuld müsste aber unserer Meinung nach nicht gehandelt werden. Die Union könnte diese als eigene Anleihen halten. Da sie nicht gehandelt werden, wären sie vor Rating-Agenturen abgeschirmt. Ihre Zinssätze könnten von den Finanzministern der Eurogruppe auf einer nachhaltigen Grundlage beschlossen werden. Sie wären immun gegen Spekulationen. Dann würden die Regierungen entscheiden und nicht die Rating-Agenturen.

Wir vertreten auch die Auffassung, dass wir Lehren aus dem amerikanischen New Deal der 30er Jahre ziehen sollten, der Jacques Delors 1993 zu dem Vorschlag anregte, eine gemeinsame Währung durch gemeinsame europäische Anleihen zu ergänzen.

Die Regierung unter Roosevelt brauchte für ihre US-Anleihen keine Finanzierung oder Garantie der Staaten der Amerikanischen Union wie Kalifornien oder Delaware, und sie musste auch keine Steuertransfers von ihnen verlangen oder ihre Schulden übernehmen. Genauso wenig muss die Europäische Union dies tun, wenn sie jetzt ihre eigenen Anleihen ausgeben möchte.

US-Anleihen werden durch die gemeinsame US-amerikanische Steuerpolitik finanziert. In Europa haben wir keine gemeinsame Steuerpolitik. Aber die Mitgliedstaaten, deren Staatsschuld zum Teil in EU-Anleihen umgewandelt wurde, könnten diesen Teil aus ihrem nationalen Steuereinkommen ohne Steuertransfers anderer bedienen.

Europa hat auch, und das wird häufig übersehen, einen Vorteil durch seinen späten Start. Viele, wenn nicht die meisten Mitgliedstaaten, sind nach ihren Aktionen zur Rettung der Banken hoch verschuldet. Die Europäische Union selbst hat jedoch nahezu keine Schulden. Sogar mit den seit Mai letzten Jahres übernommenen Staatsschulden liegt ihre eigene Verschuldung unter 1% ihres BIP.

Dies entspricht weniger als einem Zehntel der Verschuldung der USA zum Zeitpunkt der Ausgabe ihrer Anleihen zur Finanzierung des New Deal. Der Erfolg des New Deal bestärkte sie darin, den Marshall-Plan zu finanzieren, der den Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglichte und von dem Deutschland maßgeblich profitiert hat.

Für EU-Anleihen müsste auch nicht unbedingt eine neue Institution geschaffen werden. Sie könnten in der Form einer abgeschirmten Anleihe von der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) gehalten werden. Die Nettoausgabe von Anleihen zur Förderung des Wachstums könnte durch die EFSF oder durch die Europäische Bankgruppe erfolgen. Für ihre Bedienung könnten Einkommen aus Projekt-Kofinanzierungen herangezogen werden, so wie dies bei den Anleihen der EIB (Europäische Investitionsbank) bereits der Fall ist.

Die EZB ist die Hüterin der Preisstabilität, aber die EIB-Gruppe kann Wachstum sichern. Das Projektfinanzierungsvolumen der EIB ist bereits doppelt so hoch wie das der Weltbank. Sie gibt seit fünfzig Jahren Anleihen aus – ohne staatliche Garantien oder Steuertransfers. Die EIB-Darlehen werden von keinem der wichtigen Mitgliedstaaten der Eurozone bei der Staatsschuld mit einberechnet.

Bei der Ausgabe von Anleihen wird kein neues Geld gedruckt. Sie sind keine Defizitfinanzierung. Durch die Nettoausgabe von EU-Anleihen würde Geld nach Europa fließen, um den Wirtschaftsaufschwung zu finanzieren, statt Sparmaßnahmen durchzuführen. Wir fordern den Ecofin-Rat und den Europäischen Rat mit Nachdruck auf, dies anzuerkennen und jetzt durch einen „New Deal“ für Europa den Fortbestand der Eurozone und den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt sicherzustellen.